

II- 268 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Jan. 1972 No. 169/7

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, Dr. GRUBER, Dr. LANNER, REGENSBURGER,
WESTREICHER, Dr. KEIMEL, Dr. HALDER, HUBER

und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Finanzierung des Personalaufwandes für Kindergärten.

In den Vorschlägen der Österreichischen Volkspartei für Österreich heißt es, daß jedes Kind ab dem vollendeten 3. Lebensjahr das Recht auf einen Kindergartenplatz haben soll.

Die gleiche Forderung wird im SPÖ-Bildungsprogramm erhoben.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge erfordert zusätzlich 90.000 Kindergartenplätze, welche von den Gemeinden geschaffen werden müssen. Hiezu kommt die Bezahlung des Kindergartenpersonals.

Als ersten Schritt hat die ÖVP bei der Debatte zum Budget 1972 in einem Antrag zum Kapitel Unterricht und Kunst die Erweiterung der Ausbildungsmöglichkeiten für Kindergärtnerinnen verlangt. Dieser Antrag wurde jedoch von der SPÖ-Mehrheit niedergestimmt.

Wenn man in dieser Sachfrage darüber hinaus eine Parallele zu den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in der Regierungserklärung vom 5. November 1971 über die Beseitigung der Armut in Österreich herstellt, muß festgestellt werden, daß es auch arme und reiche Gemeinden gibt. Diese Tatsache verursacht bereits im Vorschulalter ein regionales Bildungsgefälle und vergrößert die Benachteiligung der Bevölkerung in finanzschwachen Gemeinden. Damit möglichst allen Kindern der Besuch eines Bildungskindergartens zugänglich gemacht wird, scheint den unterfertigten Abgeordneten ein gerechter Ausgleich der

-2-

finanziellen Erfordernisse notwendig.

Sie richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Bestehen oder laufen in Ihrem Ministerium Vorarbeiten zur Klärung der dringenden Probleme der Kindergärtenfinanzierung, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung des Personalaufwandes?
- 2) Wenn ja, wie lautet das Ergebnis dieser Arbeiten im Detail?
- 3) Wenn nein, sind Sie bereit, Vorarbeiten aufzunehmen, damit dieses Problem im Rahmen der bevorstehenden Finanzausgleichverhandlungen einer gerechten Lösung zugeführt wird?
- 4) Sind Sie bereit, für die Bezahlung von Kindergärtnerinnen, insbesondere im Hinblick auf die geforderte Schaffung von Bildungskindergärten, die allen Fünfjährigen zugänglich gemacht werden sollen, die gleiche Regelung und Kostenaufteilung wie bei den Pflichtschullehrern in Aussicht zu nehmen?
- 5) Wenn nein, werden Sie andere Vorschläge unterbreiten und wie lauten diese?